

Montag 5. Aug. 85

Rockenhausener Rundschau

Steinbach verzichtet auf eine Klage wegen Anbindung der Autobahn A 63

Straßenneubauamt sichert Lärmschutzmaßnahmen zu – Auch Anwohner bei Sitzung des Gemeinderats

BACH (fr). Im Beisein von Verbandsbürgermeister Peter Schulz diskutierten der Gemeinderat Steinbach und Anwohner der Brühlstraße mit Baudirektor Amberger vom Straßenneubauamt Kaiserslautern über die geplante provisorische Anbindung der Autobahn A 63 an die B 40 bei Steinbach. Ergebnis der sachlichen Aussprache: Der Gemeinderat wird nun doch keine Klage erheben. Er stimmte der Anbindung der Autobahn A 63 an die B 40 zu.

Steinbacher Ortsbürgermeister Willi Schöll ließ die Dringlichkeit der Sitzung betonen, die er mit neuen Aspekten, die während der letzten Tagen ergeben wurden, begründete. Durch den offenen Austausch zwischen den Verbandsbürgermeistern Schulz und Appel seien neue Argumente gewonnen worden. Über die geplanten Autobahnabschnitt Dreiendenbühl seien die betroffenen Gemeinderäte informiert worden. Als man die Anbindung des Teilstücks bis Steinbach besprochen habe, habe man es leider verstanden, dass Steinbacher Gemeinderat in der Sache einbezogen werden. Diesen Vorwurf machte Schöll dem Straßenneubauamt. Steinbacher seien selbst an einem Weiterbau der Autobahn interessiert und freuten sich, daß die Tank- und Raststätte gestrichen sei, aber sie müßten die berechtigten Interessen der Bürger schützen. Hier gehe es vor allem um Lärmschutzmaßnahmen. Er hoffe auf eine Einigung.

Schöll zeigte die Chronologie der Ereignisse auf. Der Abschnitt Mauchenheimbolanden habe sich wegen der Nähe zum Notlandeplatz verzögert. Ein neues Planfeststellungsverfahren sei erforderlich. Für den Abschnitt Mauchenheimbolanden-Dreisen sei ein provisorischer Anschluß an die B 40 bei Stangenberg geplant gewesen. Man hätte eine Anbindung auf der B 40 bauen und einen Feldweg und privates Gelände in Anspruch nehmen müssen. Privatleute und Anwohner seien mit der Überlassung des Grundstückes einverstanden gewesen. Im Januar habe das Ministerium in Mainz diese Anbindung abgelehnt, weil sie zu teuer sei. Schöll habe es den Verzicht auf die

Tank- und Raststätte Steinbach bekanntgegeben.

Das Straßenneubauamt sei bemüht, so Amberger weiter, in die Länge zu bauen und habe nun den provisorischen Anschluß an die L 394 bei Steinbach vorgesehen. Hier werde nur Grund und Boden des Landes in Anspruch genommen, und deshalb habe man auch nicht die Gemeinde fragen müssen. Außerdem bestehe an der Einmündung in die B 40 bereits eine Linksabbiegespur. Der Planfeststellungsbeschuß sei am 23. August ergangen, in der Gemeinde habe er vom 20. Juni bis 5. Juli ausgelegen. Einwendungen seien nicht erfolgt. Am 9. Juli habe dann ein Informationsgespräch mit dem Bürgermeister stattgefunden.

Wie lange der provisorische Anschluß dauern werde, konnte Amberger nicht sagen. Die Planfeststellung für das Teilstück nach Münchweiler könne erst erfolgen, wenn der Anschluß an die B 40 klar sei. Man erwarte die Genehmigung, um dann in die Planfeststellung zu gehen.

Eine Lärmuntersuchung auf der Basis von 18 000 Kraftfahrzeugen pro Tag (B 40: 8000 bis 10 000) habe ergeben, daß in keinem Fall die vom Gesetzgeber vorgegebenen Werte überschritten würden. Trotzdem werde ein begrünter Wall angelegt, so daß die Autobahn bis zum Börstader Weg in einem künstlichen Einschnitt verlaufe. Es stünde genügend Aushub an, so daß schon jetzt eine Damm- und Wallschüttung über die L 394 hinaus erfolgen könne, wenn die Grundstückbesitzer einverstanden seien. Damit seien alle Forderungen der Interessengemeinschaft Brühlstraße von 1980 erfüllt.

Verbandsbürgermeister Schulz dankte

Amberger für seine Bereitschaft, Rede und Antwort zu stehen. Seine Kontroverse mit Bürgermeister Appel sei rein sachlicher, nicht persönlicher Natur. Er habe sie im Interesse der Steinbacher ausgefochten, und sie habe zur Klärung beigetragen. Bei rechtzeitiger Information wäre auch diese Sitzung vielleicht überflüssig gewesen, meinte er. Der Gemeinderat habe beschlossen, Klage zu erheben.

Nach den jetzigen Ausführungen und in Anbetracht dessen, daß kein Widerspruch gegen die Planfeststellung erfolgt sei, empfahl er dann aber, diesen Beschluß zu überdenken. Nachdem Amberger noch einmal den in der Höhe über die Autobahntrasse hinausgehenden zu begründenden Schutzwall bis jenseits der L 394 bestätigt hatte, rief Schulz sogar direkt dazu auf, keine Klage zu führen.

Auch die Anlieger stellten Fragen zur Anbindung, zur Lärmentwicklung und zur mit dem Autobahnbau einhergehenden Flurbereinigung. Interessant war die Frage, warum man die A 63 nicht gleich bis zum Baukilometer 20,8 (Nähe Röderhof) weiterführe, wo sie doch dort direkt an die B 40 grenze und ein Anschluß wohl noch einfacher sei. Amberger antwortete, die A 63 werde dort sechs bis sieben Meter tiefer als die B 40 verlaufen. Man würde deshalb etwa 300 Meter für den Anschluß brauchen und auch hier eine Linksabbiegespur auf der B 40 bauen müssen. Mainz würde diesen Anschluß aus den gleichen Gründen ablehnen wie den erst geplanten bei Stangenberg.

Ortsbürgermeister Schöll gab das Resümee des Abends: Bei rechtzeitiger Information hätten sich eine Menge Unannehmlichkeiten, Mißverständnisse und Gerüchte ersparen lassen. Nach den Ausführungen und Zusicherungen Ambergers seien die Wünsche der Steinbacher erfüllt, Unklarheiten ausgeräumt. Er empfehle dem Gemeinderat, vom Beschluß, Klage zu erheben, Abstand zu nehmen. Bei einer Enthaltung wurde so beschlossen.

Montag 5. Aug. 85

EN

Steinbach verzichtet auf eine Klage wegen Anbindung der Autobahn A 63

Straßenneubauamt sichert Lärmschutzmaßnahmen zu - Auch Anwohner bei Sitzung des Gemeinderats

STEINBACH (fr). Im Beisein von Verbandsbürgermeister Peter Schulz diskutierten der Gemeinderat Steinbach und Anwohner der Brühlstraße mit Baudirektor Amberger vom Straßenneubauamt Kaiserslautern über die geplante provisorische Anbindung der Autobahn A 63 an die B 40 bei Steinbach. Ergebnis der sachlichen Aussprache: Der Gemeinderat wird nun doch keine Klage erheben. Er stimmte der Anbindung der Autobahn über die L 394 zu.

Der Steinbacher Ortsbürgermeister Willi Schöll ließ die Dringlichkeit der Sitzung bestätigen, die er mit neuen Aspekten, die sich während der letzten Tagen ergeben hätten, begründete. Durch den offenen Briefwechsel zwischen den Verbandsbürgermeistern Schulz und Appel seien neue Informationen gewonnen worden. Über den geplanten Autobahnabschnitt Dreisen-Standenbühl seien die betroffenen Gemeinderäte informiert worden. Als man die Verlängerung des Teilstücks bis Steinbach beschlossen habe, habe man es leider versäumt, den Steinbacher Gemeinderat in das Verfahren einzubeziehen. Diesen Vorwurf machte Schöll dem Straßenneubauamt. Die Steinbacher seien selbst an einem zügigen Weiterbau der Autobahn interessiert und freuten sich, daß die Tank- und Raststätte gestrichen sei, aber sie müßten auch die berechtigten Interessen der Bürger schützen. Hier gehe es vor allem um Lärmschutzmaßnahmen. Er hoffe auf eine gütliche Einigung.

Amberger zeigte die Chronologie der Geschehnisse auf. Der Abschnitt Mauchenheim-Kirchheimbolanden habe sich wegen des Streits um den Notlandeplatz verzögert. Ein neues Planfeststellungsverfahren werde vermutlich nötig. Für den Abschnitt Kirchheimbolanden-Dreisen sei ein provisorischer Anschluß an die B 40 bei Standenbühl geplant gewesen. Man hätte eine Linksabbiegerspur auf der B 40 bauen und 300 Meter Feldweg und privates Gelände in Anspruch nehmen müssen. Privatleute und Gemeinde seien mit der Überlassung des Geländes einverstanden gewesen. Im Januar habe das Ministerium in Mainz diese Anbindung abgelehnt, weil sie zu teuer sei. Gleichzeitig habe es den Verzicht auf die

Tank- und Raststätte Steinbach bekanntgegeben.

Das Straßenneubauamt sei bemüht, so Amberger weiter, in die Länge zu bauen und habe nun den provisorischen Anschluß an die L 394 bei Steinbach vorgesehen. Hier werde nur Grund und Boden des Landes in Anspruch genommen, und deshalb habe man auch nicht die Gemeinde fragen müssen. Außerdem bestehe an der Einmündung in die B 40 bereits eine Linksabbiegespur. Der Planfeststellungsbeschuß sei am 23. August ergangen, in der Gemeinde habe er vom 20. Juni bis 5. Juli ausgelegen. Einwendungen seien nicht erfolgt. Am 9. Juli habe dann ein Informationsgespräch mit dem Bürgermeister stattgefunden.

Wie lange der provisorische Anschluß dauern werde, konnte Amberger nicht sagen. Die Planfeststellung für das Teilstück nach Münchweiler könne erst erfolgen, wenn der Anschluß an die B 40 klar sei. Man erwarte die Genehmigung, um dann in die Planfeststellung zu gehen.

Eine Lärmuntersuchung auf der Basis von 18 000 Kraftfahrzeugen pro Tag (B 40: 8000 bis 10 000) habe ergeben, daß in keinem Fall die vom Gesetzgeber vorgegebenen Werte überschritten würden. Trotzdem werde ein begrünter Wall angelegt, so daß die Autobahn bis zum Börrstadter Weg in einem künstlichen Einschnitt verlaufe. Es stünde genügend Aushub an, so daß schon jetzt eine Damm- und Wallschüttung über die L 394 hinaus erfolgen könne, wenn die Grundstücksbesitzer einverstanden seien. Damit seien alle Forderungen der Interessengemeinschaft Brühlstraße von 1980 erfüllt.

Verbandsbürgermeister Schulz dankte

Amberger für seine Bereitschaft, Rede und Antwort zu stehen. Seine Kontroverse mit Bürgermeister Appel sei rein sachlicher, nicht persönlicher Natur. Er habe sie im Interesse der Steinbacher ausgefochten, und sie habe zur Klärung beigetragen. Bei rechtzeitiger Information wäre auch diese Sitzung vielleicht überflüssig gewesen, meinte er. Der Gemeinderat habe beschlossen, Klage zu erheben.

Nach den jetzigen Ausführungen und in Anbetracht dessen, daß kein Widerspruch gegen die Planfeststellung erfolgt sei, empfahl er dann aber, diesen Beschuß zu überdenken. Nachdem Amberger noch einmal den in der Höhe über die Autobahntrasse hinausgehenden zu begründenden Schutzwall bis jenseits der L 394 bestätigt hatte, rief Schulz sogar direkt dazu auf, keine Klage zu führen.

Auch die Anlieger stellten Fragen zur Anbindung, zur Lärmentwicklung und zur mit dem Autobahnbau einhergehenden Flurbereinigung. Interessant war die Frage, warum man die A 63 nicht gleich bis zum Baukilometer 20,8 (Nähe Röderhof) weiterführe, wo sie doch dort direkt an die B 40 grenze und ein Anschluß wohl noch einfacher sei. Amberger antwortete, die A 63 werde dort sechs bis sieben Meter tiefer als die B 40 verlaufen. Man würde deshalb etwa 300 Meter für den Anschluß brauchen und auch hier eine Linksabbiegespur auf der B 40 bauen müssen. Mainz würde diesen Anschluß aus den gleichen Gründen ablehnen wie den erst geplanten bei Standenbühl.

Ortsbürgermeister Schöll gab das Resümee des Abends: Bei rechtzeitiger Information hätten sich eine Menge Unannehmlichkeiten, Mißverständnisse und Gerüchte ersparen lassen. Nach den Ausführungen und Zusicherungen Ambergers seien die Wünsche der Steinbacher erfüllt, Unklarheiten ausgeräumt. Er empfehle dem Gemeinderat, vom Beschuß, Klage zu erheben, Abstand zu nehmen. Bei einer Enthaltung wurde so beschlossen.